Rechtsformen der Wirtschaft

Herausgegeben von Prof. Dr. Lutz Fischer
und Prof. Dr. Volker Breithecker

Band 11

Unternehmensverbundene Stiftungen

Recht, Steuer, Betriebswirtschaft

Begründet von
Dr. Gerhard Brandmüller,
Rechtsanwalt, Fachanwalt für
Steuerrecht und Sozialrecht,
Vereidigter Buchprüfer

fortgeführt von
Thomas Klinger, LL.M.

4., völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

1. Auflage 1988
2., überarbeitete und erweiterte Auflage 1998
3., überarbeitete Auflage 2005
(1.–3. Auflage erschienen unter dem Titel
„Gewerbliche Stiftungen“)
4. völlig neu bearbeitete und wesentlich erweiterte Auflage 2014

Alle Rechte vorbehalten
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2014

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht
sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso
Z 39.48-1992 als auch der ISO-Norm 9706

Satz: Herbert Kloos, Berlin
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Geleitwort

Rechtsformfragen werden häufig, aber fälschlich zu den „ausdiskutierten“ Problemen des Zivilrechts, des Steuerrechts und der Betriebswirtschaftslehre gerechnet. Neuschöpfungen, umwälzende Änderungen in der Besteuerung oder der wirtschaftlichen Beurteilung einzelner Rechtsformen kamen in der Tat in der Vergangenheit vergleichsweise selten vor. Das hat sich in jüngster Zeit durch das Vordringen europäischer Rechtsformen aber auch durch die darauf folgenden innerstaatlichen Aktivitäten geändert. Aber auch Jahrhunderte alte Rechtsformen erleben zeitweilig eine Renaissance, so wie die in diesem Buch behandelte „unternehmensverbundene Stiftung“.

Andererseits sind rechtsprechungsbedingte, wirtschaftspolitisch motivierte oder EU-bedingte Anpassungen im Rahmen des Gesellschaftsrechts durchaus in gewissen Zeitabständen zu beobachten. Auf dem Gebiet der Besteuerung ergeben sich durch die Emsigkeit des Gesetzgebers, den Wechsel in der Rechtsprechung und in den Auffassungen der Finanzverwaltung Modifikationen, die zu einem Belastungswechsel einzelner Rechtsformen führen. Die Änderung des Körperschaftsteuersystems oder des -rechts wie jüngst durch § 8b Abs. 4 KStG, die Anrechnung der Gewerbesteuer gem. § 35 EStG oder die begünstigende Besteuerung nicht entnommener Gewinne nach § 34a EStG haben gravierende Besteuerungsmodifikationen ausgelöst und damit die Frage der Rechtsformwahl heftig bewegt. Schließlich liefert die Betriebswirtschaftslehre zur Rechtsformproblematik fortlaufend ergänzende Forschungsergebnisse, insbesondere die, dass Unternehmen auf im Zeitablauf veränderte ökonomische Umfeldbedingungen mit einer Rechtsformänderung reagieren sollen. Hierzu hat der Gesetzgeber in jüngerer Zeit Hemmnisse mit einem geänderten Umwandlungs- und Umwandlungssteuergesetz abgebaut. Dennoch wird zunehmendes europäisches Denken Anpassungen notwendig werden lassen.

Aufgabe der Buchreihe „Rechtsformen der Wirtschaft“ ist es daher, die wichtigsten Rechtsformen – auch in branchenspezifischer Hinsicht – unter zivilrechtlichem, steuerrechtlichem und betriebswirtschaftlichem Aspekt zu behandeln. Darüber hinaus sollen auch seltener behandelte, für das heutige Wirtschaftsleben aber zum Teil unverzichtbare Rechtsformen und Rechtsformfragen entsprechend untersucht und spezielle Anwendungen von Rechtsformen aufgegriffen werden.

Die Reihe wendet sich an Praktiker, die Rechtsformwahlentscheidungen für Unternehmen zu treffen oder entsprechende Beratungsaufgaben wahrzunehmen haben. Die gleichzeitige Berücksichtigung zivilrechtlicher, steuerlicher und betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte gewährleistet die Beachtung aller bedeutsamen Kriterien der Rechtsformentscheidung.

Hamburg und Duisburg, im März 2014

Prof. Dr. Lutz Fischer
Prof. Dr. Volker Breithecker

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort V

Abkürzungsverzeichnis XI

Einleitung 1

1. Bedarf es unternehmensverbundener Stiftungen? 7
1.1 Die Unvollkommenheit der Rechtsformen des Zivil- und Handelsrechts 7
1.2 Sicherung von Unternehmen 10
1.3 Erhaltung der finanziellen Unabhängigkeit, Vermeidung von Teilungen und Zahlung von Abfindungen 12
1.4 Vermeidung ausufernder Publizitätspflichten 15
1.5 Gesellschaftspolitische Vorstellungen des Unternehmers 17
1.6 Absicherung von Familienmitgliedern 18

2. Zulässigkeit unternehmensverbundener Stiftungen 21
2.1 Die Stiftung als Trägerin gewerblicher Unternehmen 21
2.2 Wirtschaftliche Betätigung als Stiftungszweck 22
2.3 Holding-Stiftungen 25
2.4 Beispiele für wirtschaftlich tätige Stiftungen 26
2.5 Trennung von Stiftungsvermögen und Unternehmensvermögen . . 30

3. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung unternehmensverbundener Stiftungen 33
3.1 Möglichkeiten zur Gründung einer Stiftung 33
3.2 Die Errichtung einer Stiftung 34
3.2.1 Das Stiftungsgeschäft 34
3.2.2 Die staatliche Anerkennung 41
3.2.3 Verhältnis Stiftungsgeschäft und staatliche Anerkennung 46
3.2.4 Die Anerkennung ausländischer Stiftungen 48
3.2.5 Firma der Stiftung und Eintragung in das Handelsregister 49
3.3 Die Stiftungsverfassung im Einzelnen 50
3.3.1 Bedeutung der Stiftungsverfassung 50
3.3.2 Organe der Stiftung 53
3.3.3 Stiftungsmittel und Stiftungsvermögen 55
3.3.4 Ansprüche von Destinatären 58
3.3.5 Auslegung und Änderung der Stiftungsverfassung 60

4. Die unternehmensverbundene Stiftung im Steuerrecht 63
4.1 Die Besteuerung bei Stiftungserrichtung 65
4.1.1 Die Besteuerung des Stifters 65
4.1.2 Einbringung einer Kapitalgesellschaft oder einzelner Wirtschaftsgüter einer Kapitalgesellschaft in eine Stiftung 69

4.1.3 Steuerliche Auswirkungen bei der Stiftung 70
4.2 Die laufende Besteuerung der Stiftung 80
4.2.1 Ertragsteuern 80
4.2.2 Substanzsteuern 86
4.2.3 Verkehrsteuern 86
4.3 Die Besteuerung der Destinatäre 87
4.3.1 Einkommensteuer 87
4.3.2 Erbschaftsteuer 88
4.4 Steuerliche Besonderheiten bei Auslandsberührungen 88

5. Unternehmensverbundene Stiftungen als Möglichkeit gewerblicher Betätigung 93
5.1 *Unternehmensträgerstiftung*: Unternehmen und Stiftung als Einheit 93
5.1.1 Stiftungszweck und Unternehmensgegenstand 94
5.1.2 Organe 95
5.1.3 Kapitalbeschaffung 97
5.1.4 Anpassung des Unternehmens an die wirtschaftliche Entwicklung 98
5.1.5 Die Stiftungsaufsicht 99
5.2 Die Stiftung & Co. KG als Rechtsform für den Mittelstand 102
5.2.1 Gründung einer Stiftung & Co. KG durch Einbringung eines Einzelunternehmens 104
5.2.2 Gründung einer Stiftung & Co. KG durch Eintritt einer Stiftung in eine Personengesellschaft 105
5.2.3 Gründung einer Stiftung & Co. KG durch Umwandlung einer GmbH 107
5.2.4 Stiftungssatzung und Gesellschaftsvertrag 111
5.2.5 Unterschiede zwischen der Stiftung & Co. KG und der GmbH & Co. KG 114
5.3 Beteiligung einer Stiftung an einer Kapitalgesellschaft, insbesondere als Alleingesellschafterin einer GmbH 117
5.3.1 Die Stiftung als Inhaberin von Anteilen an Kapitalgesellschaften 117
5.3.2 Die Stiftung als Alleingesellschafterin einer GmbH 118

6. Die Familienstiftung – aktueller denn je 121
6.1 Begriff der Familienstiftung 121
6.2 Die Familienstiftung im Stiftungszivilrecht 123
6.3 Besteuerung der Gründung einer Familienstiftung 124
6.3.1 Unentgeltliche Übertragung eines Betriebs 124
6.3.2 Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter 124
6.3.3 Überlassung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft 124
6.3.4 Auflösung und Liquidation der Kapitalgesellschaft mit anschließender Übertragung der Wirtschaftsgüter auf die Familienstiftung 125

6.3.5 Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Stiftung 125
6.3.6 Erbschaftsteuer bei der Gründung von Familienstiftungen 125
6.4 Die laufende Besteuerung der Familienstiftung 127
6.4.1 Ertragsteuern 127
6.4.2 Verkehrsteuern 127
6.4.3 Erbersatzsteuer 128
6.5 Die laufende Besteuerung der Destinatäre einer Familienstiftung 133
6.6 Die ausländische Familienstiftung 134
6.6.1 Einkommensteuer 134
6.6.2 Erbschaftsteuer 137
6.7 Schlüsselfragen zur Familienstiftung 138

7. Zweckänderung und Aufhebung der Stiftung 139
7.1 Zweckänderung 139
7.1.1 Zweckänderung kraft Stiftungsverfassung 139
7.1.2 Zweckänderung kraft Gesetzes 140
7.2 Auflösung der Stiftung 142
7.2.1 Auflösung kraft Stiftungsverfassung/Beschluss des Vorstands . . 142
7.2.2 Auflösung kraft Hoheitsakt 142
7.2.3 Insolvenzeröffnung 144
7.2.4 Widerruf der Anerkennung 145
7.2.5 Eintritt einer auflösenden Bedingung oder eines Endtermins 145
7.3 Vermögensanfall bei Aufhebung der Stiftung 146
7.3.1 Durchführung der Liquidation/Ausgliederung des Handelsbetriebs 146
7.3.2 Steuerrechtliche Probleme 149

8. Vertragsmuster für unternehmensverbundene Stiftungen 153
8.1 Unternehmensträgerstiftung 153
8.1.1 Errichtung einer Unternehmensträgerstiftung (Stiftungsgeschäft) 153
8.1.2 Satzung einer Unternehmensträgerstiftung 154
8.2 Stiftung & Co. KG 157
8.2.1 Errichtung einer Stiftung mit Stiftungssatzung 157
8.2.2 Abtretung eines Teils eines GmbH-Geschäftsanteils an die Stiftung 161
8.2.3 Beschluss über die Umwandlung der GmbH in eine Stiftung & Co. KG 162
8.3 Stiftung als Alleingesellschafterin einer GmbH 164
8.3.1 Stiftungssatzung 164
8.3.2 GmbH-Gesellschaftsvertrag 167

9. Bayern: Muster für Stiftungsgeschäft und Stiftungssatzung 171
9.1 Muster zu einem Stiftungsgeschäft 171
9.2 Mustersatzung 172

10. Zur Rechnungslegung und Prüfung von Stiftungen 179
10.1 Gesetzliche Rechnungslegungsvorschriften für Stiftungen 179
10.1.1 Bundesrechtliche Vorschriften 179
10.1.2 Landesrechtliche Vorschriften 180
10.2 Rechnungslegungsvorschriften des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) 182
10.2.1 Rechtscharakter 182
10.2.2 Beispiele für die Regelungen in den IDW-Standards 183
10.2.3 Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung 185
10.2.4 Anwendungen der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung auf unternehmensverbundene Stiftungen 185
10.2.5 Übernahme der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung in die Stiftungssatzung 186
10.2.6 Vorschläge zur Einnahmenüberschussrechnung und Vermögensübersicht 186
10.3 Deutscher Corporate Governance Kodex und Grundsätze guter Stiftungspraxis 189

Anhang
Bundesverband Deutscher Stiftungen:
Zehn Empfehlungen für gemeinnützige Unternehmensstiftungen 191

Literaturverzeichnis 193

Fundstellen der landesrechtlichen Stiftungsgesetze 203

Stichwortverzeichnis 205